

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag:  
Rieser Verlag  
Königsplatz 20.  
Postfach 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Stoßengrün, des Amtsgerichts beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Bauamtsamts Weißen behördlicherteils bestimmte Blatt.

Verkaufsstelle:  
Dresden 1892.  
Königsplatz  
Riesa Nr. 22.

Nr. 68.

Dienstag, 20. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 20 Pfennig, durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Stützpunkts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Ab- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzeln wie die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewand für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, Satz Tafeln, Bewilligung Rabatt entfällt, wenn der Betrag verfehlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftig: Leipzig. Druck- und Verlagsanstalt: „Der Arbeiter“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gerhart Böhme. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Vor dem Abbruch der Abrüstungsstomödie. Die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge vor der Abrüstungskommission.

Genl. In den Verhandlungen der Abrüstungskommission ist ein vollkommener Stillstand eingetreten. Die Dinge liegen jetzt so, daß man am nächsten Donnerstag höchstwahrscheinlich die Verhandlungen der Abrüstungskommission abbrechen und auseinandergehen wird, ohne daß man überhaupt noch einen Schritt vorwärts gekommen wäre. Die Franzosen und Engländer haben sich in diesem Punkte nicht einig. Die Engländer behaupten ihre Haltung damit, daß in der wichtigsten Streitfrage die Genauigkeit unüberwindlich ist und bisher alle weiteren Verhandlungen von Regierung zu Regierung ohne Resultat geblieben sind.

### Erklärungen Lewnik, Kutschow, Wess, Titwinoff und des Grafen Bernstorff.

Genl. Im vorbereitenden Abrüstungsausschuss hat gestern nachmittag der türkische Minister des Auswärtigen Kutschow Bey nach einer kurzen Begründung durch den Vorsitzenden Lorden eine Erklärung zur Sicherheitsfrage abgegeben, in der unter weitgehend Anerkennung des Schiedsverfahrens zur Beilegung internationaler Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren der Vorrang gegeben wird.

Einblick in das Sicherheitsproblem unterscheidet nach den Ausführungen Lewnik Kutschow Wess die türkische Delegation zwischen der absoluten, idealen Sicherheit und dem relativen Sicherheitsmaximum. Die absolute Sicherheit könnte, so erklärte der Minister, nur durch die Errichtung eines Bundes aller Kulturstaaten geschaffen werden, in dem ein eventuelles Angreifen in der Lage einer einheitlichen Provinz wäre, gegen die alle anderen Provinzen gemeinsam und automatisch sofort vorgehen. Zur Erreichung eines heute möglichen Sicherheitsmaximums empfahl der türkische Minister den Abschluß von Nichtangriffspakten nach dem Muster der von der Türkei bereits mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Verträge, die bekanntlich durch die Neutralitätsverpflichtungen erweitert sind. Der Abschluß solcher erweiterter Nichtangriffspakte, die weitestgehend auf alle Staaten zu erstrecken, ist nach türkischer Auffassung durchsichtiger als der Abschluß von Bündnisverträgen. Ihre Wirksamkeit könnte dadurch noch erhöht werden, daß jede Unterzeichnung eines solchen Vertrages im voraus als internationales Verbrechen erklärt würde, gegen das alle anderen Staaten sofort durch Abbruch der Beziehungen einzuschreiten hätten. Die türkische Delegation hoffe, daß diese Verträge im Sicherheitsausschuss ebenfalls geprüft werden und dabei sich vor, später eine ergänzende Denkschrift zu dieser Frage einzubringen.

Nachdem Lewnik Kutschow Wess auf eine Frage des Vorsitzenden noch mitgeteilt hatte, daß die Türkei auch künftig an den Arbeiten des Sicherheitskomitees teilnehmen werde, wurde eine Entschließung gefaßt, durch die dem weiteren Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees, das bekanntlich vor allem der Prüfung der deutschen Vorschläge über einseitige Verfügungen des Rats bei Kriegsgefahr gilt, zugestimmt und der Wunsch ausgesprochen wird, daß das gesamte Material des Sicherheitskomitees den Regierungen so rechtzeitig zugänglich werde, um seine Behandlung bei der nächsten Weltversammlungsversammlung zu ermöglichen.

Darauf trat der Ausschuss in die Aussprache über die sowjetrussischen Vorschläge und den vor einem Monat vorgelegten Entwurf einer Abrüstungskonvention ein.

In einer längeren Begründung dieser Vorschläge hob Titwinoff im wesentlichen hervor, der russische Entwurf würde nach seinem Inkrafttreten bereits im ersten Jahre eine beträchtliche Herabsetzung aller Streitkräfte an Wasser und zu Lande und in der Luft bedeuten, daß damit von Anfang an die Möglichkeit bewaffneter Konflikte selbst vor der Vermittlung der vollkommenen Abrüstung beträchtlich verringert wäre. In eingehender Zurückweisung des Einwandes, daß im Grunde genommen die russischen Vorschläge bereits früher in Völkerbundsverhandlungen behandelt worden seien, betonte Titwinoff, daß einzig und allein die Verwirklichung der allgemeinen, gleichzeitigen und vollständigen Abrüstung, wie sie von der sowjetrussischen Regierung vorgeschlagen wurde, eine befriedigende Lösung des Problems der allgemeinen Sicherheit und der Aufrechterhaltung des Friedens sicher gewährleisten würde. Die sowjetrussische Delegation erwarte aus der Aussprache über ihre Vorschläge eine Präliminärantwort, d. h. sie wolle wissen, ob der Vorbereitungsausschuss den Grundgedanken der allgemeinen Abrüstung im Verlauf von vier Jahren annehme, und ob der Ausschuss ferner den Abrüstungsvorschlag annehme, der schon nach Verlauf des ersten Jahres den Krieg unmöglich machen würde. Diese Antwort dürfe nicht theoretisch sein, sondern müsse konkret und vollkommen klar ausfallen. Weiterhin erklärte Titwinoff zur Zurückweisung des Einwandes, daß die sowjetrussische Regierung mit der Unterhaltung und dem Ausbau der Roten Armee in Widerspruch stehe zu ihren eigenen friedlichen Vorschlägen, bereits heute verfüge die Sowjetunion im Verhältnis zu der Ausdehnung ihrer Grenzen über schwächere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande als jeder andere Staat, besitze sie also in Bezug auf ihre eigene Sicherheit in einer ungünstigeren Lage als jeder andere Staat. Die sowjetrussische Delegation wolle im Namen ihrer Regierung erklären, daß die russische

Regierung zur vollkommenen Abschaffung ihrer Streitkräfte entsprechend ihrem eigenen Konventionentwurf bereit sei, sobald die Abrüstungskommission gleichzeitig den gleichen Entschluß fassen. Der vorbereitende Ausschuss müsse in seiner gegenwärtigen Tagung im Plenum auf die sowjetrussischen Vorschläge die Antwort erteilen. Diese Antwort müsste endgültig durch die Abrüstungskonferenz ratifiziert werden, deren möglichst früher Einberufungstermin schon jetzt festgesetzt werden sollte. Titwinoff wandte sich dann kurz an die amerikanische Delegation, deren Regierung vor kurzem mit dem Vorschlag des Verbots der Rüstung an die Öffentlichkeit getreten sei. Die Richtigkeit dieses Vorschlags könne, so fügte er hinzu, nicht überzeugender bewiesen werden, als durch die Zustimmung zum sowjetrussischen Konventionentwurf, der nicht nur das moralische Verbot des Krieges, sondern auch die Verhinderung der Kriegsmöglichkeit selbst bedeute. Angesichts der ungeheuren Tragweite des Abrüstungsproblems hoffe er, daß jede Delegation öffentlich den Standpunkt ihrer Regierung zu den russischen Vorschlägen vortragen werde.

Als dritter und letzter Redner der gestrigen Sitzung ergriff Graf Bernstorff

### Graf Bernstorff

das Wort, der davon ausging, daß der Gedanke einer Abrüstung bis auf die für die innere Sicherheit nötigen Kräfte bereits in den 14 Punkten Wilsons enthalten ist und daß dieses Programm Wilsons nach einer Note Lansdown vom 1. November 1918 von den Alliierten als Grundlage des Friedensvertrages angenommen wurde. Die Tätigkeit des Völkerbundes in Bezug auf die Abrüstung und insbesondere die des vorbereitenden Abrüstungsausschusses selbst sei allerdings bis heute in einem wesentlichen Maße stillgeblieben und es seien nur wenige Schritte in demselben gemacht worden. Es lasse sich nicht bestreiten, daß die russischen Vorschläge in dem Geist, von dem sie getragen sind, mit den Anforderungen des Ausschusses selbst übereinstimmen und daß sie also annehmbar seien. Die Arbeiten eines neuen Komitees zu geben. Sie zeigten in vollkommener Klarheit das Endziel, zu dem man gelangen müsse. In diesem Zusammenhang begrüße er die russischen Vorschläge sehr, die er mit größter Aufmerksamkeit geprüft habe. Er habe darin sehr interessante Gedanken gefunden, die nach seiner Auffassung für den Fortschritt der Arbeiten des Ausschusses durchaus nützlich sein könnten. Wenn die russische Delegation zum Beispiel die schriftliche Abrüstung vorschläge, so erlaube ihm daran besonders beachtenswert, daß dieser Vorschlag die verschiedenen Stufen in der Abrüstung in eine ziemlich kurze Zeitspanne zusammenfassen wolle. Ohne in eine Diskussion über die vorgeschlagenen vierjährigen Dauer einzutreten, halte er es doch für unerlässlich, daß diese Stufen so rasch als nur möglich aufeinander folgen und die für die effektive Überwachung der Rüstungen vorgesehene Periode möglichst kurz sei. Außerdem zeige der russische Vorschlag mit aller Klarheit, daß bereits mit der ersten Phase zu erreichendes Ziel, nämlich die Verringerung der Mächtigkeit bewaffneter Konflikte. Das ist, so erklärte Graf Bernstorff, in Wirklichkeit von entscheidender Bedeutung.

Die deutsche Delegation hat wiederholt erklärt, daß sie die erste Phase nur dann als einen wirksamen Schritt zur Verwirklichung der Abrüstung betrachten kann, wenn diese Phase eine tatsächliche Überwachung der Rüstungen darstellt und außerdem die Verifikation zu weiteren rasch aufeinanderfolgenden Phasen dringt. In dem mit dem russischen Vorschlag vollkommen einverstanden, der darauf abzielt, schon mit der ersten Phase die militärischen Faktoren auszuschalten, die zu einem Angriff dienen können, und ist begründet mit ganz besonderer Genugtuung den Umstand, daß dabei auch die Kampfmittel, die gegen die Zivilbevölkerung angewandt werden können, einbezogen worden sind.

Weiter erklärte Graf Bernstorff, daß eine Einzelberatung der russischen Vorschläge nach Abschluß der Generaldebatte im Interesse der Aussprachearbeiten liege. Diese Einzelberatung könne nach seiner Auffassung bei der zweiten Tagung der bisherigen Ergebnisse des vorbereitenden Abrüstungsausschusses erfolgen, die, wie er unter Berufung auf eine Erklärung des Vorsitzenden in der letzten Tagung feststellte, in der gegenwärtigen Tagung vorgenommen werden müsse. Was schließlich den Einberufungstermin für die Abrüstungskonferenz betreffe, so entspreche die russische Forderung auf möglichst baldige Einberufung vollkommen den deutschen Auffassung und einem im Dezember vergangenen Jahres von der deutschen Delegation gemachten Vorschlag. Das Ausmaß der ersten Abrüstungsperiode könne nur von der Konferenz selbst festgesetzt werden. Es sei daher nur logisch, wenn Titwinoff genau so wie er verlangt, daß das Datum der Konferenz möglichst bald bestimmt werde. Die deutsche Delegation behalte sich vor, zu diesem Punkte im weiteren Verlauf der Verhandlungen unter eingehender Darstellung ihrer Stellungnahme einen Antrag einzubringen.

Nach einer kurzen Erklärung des türkischen Delegationsführers Kutschow Bey, der die russische Delegation als die Vertreterin eines benachteiligten und befreundeten Landes zu ihren Vorschlägen begrüßte und dafür eintrat, daß diese im Plenum und in aller Öffentlichkeit behandelt werden, wurde die Aussprache der Aussprache auf heute nachmittag vertagt.

## Der friedliche Luftverkehr.

Erkenntlicherweise hat auch der friedliche Luftverkehr nach dem Kriege einen erheblichen Aufschwung genommen. Freilich verlor er kurzzeitig nach dem Ende der Weltkriege das Hauptgewicht auf den militärischen Luftverkehr. Aber es ist in der Weltgeschichte doch schon oft so gewesen, daß sich Ansätze, die zunächst auf militärischen Gebiete geübt wurden, später auch auf dem zivilen Gebiete auswirkten. Man mag den Umweg bedauern, kann sich dann doch aber darüber freuen, daß schließlich das eigentliche Ziel noch erreicht wird. Was die Fernluftlinie betrifft, so hat Frankreich die weitestreichende militärische Flugzeugflotte. Es besitzt mit 2500 Flugzeugen noch weit über den reichsten Vereinigten Staaten, die 1640 Kampfflugzeuge zählten. Ein dritter Stelle kommt Italien mit 1000. Diese drei Staaten sind die einzigen mit wertvollen Flotten für die militärische Luftflotte. Man kann sich wohl seine Gedanken darüber machen, wenn man daran denkt, wie gerade auch diese drei Staaten im Vordergrund imperialistisch-militärischer Diskussionen stehen. Die schönen Friedensreden, die gerade von Frankreich und den Vereinigten Staaten über den Ozean hin und her gehalten worden sind, erlahmen auf diese Weise eine eigentümliche Beleuchtung. Im ganzen beträgt die Zahl der militärischen Flugzeuge der Welt rund 14 000, wovon also die genannten drei Staaten weit über ein Drittel für sich besitzen.

Verdächtigend gerina der kriegerischen Luftflotte gegenüber ist die Friedensluftflotte der Welt. Man kann da höchstens mit 3000 Flugzeugen rechnen, also nicht viel mehr, als Frankreich allein für seine militärischen Zwecke aufbringt. Doch läßt sich nun wenigstens von Jahr zu Jahr ein erheblicher Leistungsaufschwung auch der Friedensluftflotte konstatieren. Während man im Jahre 1919 nur erst 3200 Meilen an Flugstunden berechnete, beträgt die Zahl für 1927 schon 53 500 Meilen. Auf diesen Strecken wurden im Jahre 1919 erst 1 Million 170 000 Meilen geflogen, 1927 dagegen fast 17 Millionen Meilen. Dieser regelmäßigere Flugverkehr hat hauptsächlich der Verkehrsverbesserung gedient.

Der Personenverkehr entwickelt sich verhältnismäßig langsam. Eigentlich viel langsamer, als es die rasche Verabreichung der Preise rechtfertigen würde, denn die Kosten der Luftfahrt liegen durchschnittlich schon auf der Höhe eines Eisenbahnbillets für den Schnellzug 1. oder 2. Klasse. Wahrscheinlich sprechen hier noch Imponderablen mit, Gewöhnungen und Befürchtungen. Prozentual ausgerechnet sind die Flugzeugunfälle nicht höher als die Eisenbahnunfälle — von ihnen wird aber immer noch mehr geredet und geschrieben, und sie machen auf die Unfälle einen nachteiligeren Eindruck. So ist das Unglück, dem der deutsche Postminister von Maltzan zum Opfer fiel, ohne Zweifel wieder von hemmender Bedeutung für die Entwicklung des Personenverkehrs durch die Luft geworden.

In Deutschland waren wir durch das Diktat von Versailles lange gehemmt. Bis 1922 bestand ja ein völliges Verbot für den Bau privater Flugzeuge; bis 1926 galten dann immer noch drückende Einschränkungen für die Leistungsfähigkeit der Flugzeugmotoren. Erst jetzt kommt Deutschland langsam wieder in den internationalen Wettbewerbsbereich. Die deutsche Luftbahn, in der die deutschen Luftlinien zusammengefaßt sind, verfügt zurzeit über 120 Flugzeuge und bestreift 60 Fluglinien. Die interessanteste von diesen ist wohl die Linie Berlin-Moskau, die namentlich schon seit 7 Jahren funktioniert und nach Osten hin, nach Sibirien und Bering hin, ausläuft. Es wird wohl nicht mehr allzu lange dauern, bis tatsächlich diese Fernlinie mit der halben Erdkugel herum von der deutschen Flugtechnik bedient wird.

So wird allmählich doch ein Weltluftverkehr angedacht. Was ihn vor allem behindert, sind teils natürliche, teils politische Hindernisse. So kommt die Verbindung von Europa nach Indien lediglich wegen des nationalen Stimmens nicht zustande, das die zu überliegenden Staaten voneinander trennt. Zwischen Europa und Amerika aber dreht sich der Ozean aus, der zu wenig geeignete Stützpunkte auf seinen irdischen Inseln bietet. Im Pazifischen Ozean, zwischen Japan und Amerika, vereinigen sich die natürlichen Schwierigkeiten mit den politischen. Nachdem aber die Menschheit den Gedanken eines Weltluftverkehrs überhaupt einmal erfaßt hat, wird sie wohl auch alle entgegenstehenden Hindernisse schließlich doch noch überwinden.

## Ein Zwischenfall im preussischen Landtag.

abg. Berlin. Der deutschnationalen Abgeordnete des preussischen Landtags Dr. v. Kries hat ganz plötzlich sein Amt niedergelegt mit der Begründung, daß sich die Wehrkraft des Hauses in der Montag-Sitzung gegen das Verbot dahlun entschieden habe, daß der polnische Abg. Bogomol allgemein gehaltenen Ausführungen zur Wehrkraftdebatte in der Einzelaussprache vorbringen durfte, was der Präsident zurückweisen wollte.

Der Reliktentrat des preussischen Landtages beschäftigte sich nach der Montag-Sitzung mit dem betreffenden Vorfall. Die Vertreter der Regierungsparteien erklärten, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe und niemand daran dachte, die Wehrkraftdebatte des Herrn v. Kries abfällig zu kritisieren. Die Remonstranz an den Präsidenten ging, so wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß Herr v. Kries eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen möchte. Unwesentlich wird Herr v. Kries am Mittwoch erneut zum Reichspräsidenten gewählt werden.